



KOMMENTAR

GdP ist der Gewinner der Personalratswahlen 2014 in allen Personalräten

Wenn man das hervorragende Ergebnis der Kandidatinnen und Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei sieht, kann man nur sagen: DANKE. Danke den Kolleginnen und Kollegen, die uns gewählt haben und Danke auch all denen von Euch, die seit Jahren durchgehend engagierte Personalratsarbeit vor Ort leisten.

Vielleicht kann sich der eine oder andere an die Unkenrufe vor der Wahl erinnern, Michael Silkeit, Manfred Seegert und andere standen nicht mehr zur Verfügung, die GdP kann unmöglich wieder ein so gutes Ergebnis wie bei den vorherigen Wahlen erringen. Aber WIR haben es als starkes Team gemeinsam geschafft, dass die GdP nicht nur ihr Stimmresultat der vorigen Wahl halten konnte, nein, WIR haben es trotz Personalabbau erreicht, dass noch mehr Kolleginnen und Kollegen die GdP wählten.



Euch GdPlern in der selbst ernannten DPoIG-Hochburg mehr Stimmen gaben als einem Olaf Knöpfken und Co. Ihr könntet sicher auch noch so einiges zum Thema „fairen und sachlichen Umgang“ beim Personalratswahlkampf sagen, aber dies soll hier nicht Thema sein. Auch mit schlechten Verlierern und ihren Ergüssen wollen wir uns heute nicht befassen.

Es gehört sich nach einer Wahl auch, kritisch zu benennen, was nicht gut gelaufen ist. So haben wir es leider nicht überall geschafft, unseren Mitbewerbern Stimmen abzunehmen. So kann und darf es dann auch nicht sein, dass es immer noch Kolleginnen und Kollegen gibt, die nicht zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten unterscheiden konnten. Das gilt es zu ändern!

Vielleicht hätten wir in diesem Jahr einmal deutlich machen sollen, dass sich seit Jahren Nicht-GdP-Mitglieder auf GdP-Wahlvorschlägen befinden und mit ihnen in die Personalräte ein-



Landesvorsitzender Christian Schumacher

gezogen sind. Aber wer denkt schon an derartige Werbung, wenn er es gar nicht nötig hat, mit sogenannten „freien Listen“ auf Stimmenfang zu gehen??

Letztendlich gilt aber immer noch: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Wir haben jetzt vier Jahre Zeit, durch eine engagierte, klare und konsequente Gewerkschafts- und Personalratsarbeit zu überzeugen, damit jeder weiß und spürt: Die Gewerkschaft der Polizei ist der Vertreter aller Beschäftigten in der Polizei! Sie ist in allen Dienststellen vor Ort. Sie ist der Ansprechpartner und Helfer bei der Lösung von dienstlichen Problemen. **Christian Schumacher**

Und darauf dürfen WIR mit Recht gemeinsam stolz sein.

Aber nicht nur im Hauptpersonalrat ist die GdP überzeugende Siegerin, auch in der Fläche, bei den Örtlichen und den Bezirkspersonalräten, hat sie ihr Ergebnis mindestens gehalten und größtenteils noch weiter ausgebaut. Besonders hervorheben möchte ich dabei das gute Abschneiden unserer Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Bereich der PI Stralsund. Durch die hervorragende Arbeit der letzten Jahre ist es Euch gelungen, dass Kolleginnen und Kollegen den qualitativen Unterschied in der Personalratsarbeit erkennen und auch honorieren, indem sie



Die GdP ist erneut als klarer Sieger aus den Personalratswahlen hervorgegangen

– Vielen Dank für euer Vertrauen! –

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, sprach den Wählerinnen und Wählern großen Dank für den Vertrauensbeweis aus. „Die GdP hat wieder einmal eindrucksvoll bewiesen, dass sie DIE Interessenvertreterin der Polizeibeschäftigten ist“.

Nach dem vorläufigen Endergebnis zur Wahl des Hauptpersonalrats

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe August 2014 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 4. 7. 2014. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

bei der Landespolizei M-V erreichte die Liste der Gewerkschaft der Polizei ein noch besseres Stimmresultat als bei der vorherigen Personalratswahl 2010 und behauptete damit eindrucksvoll erneut die Mehrheit. Damit werden sieben GdP-Gewerkschaftler die Interessen der Polizeibeschäftigten im Hauptpersonalrat wahrnehmen. Auch bei den Bezirks- und Örtlichen Personalräten bleibt die GdP unangefochten stärkste Kraft im Land.

GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher: „Das hervorragende Ergebnis bestätigt eindrucksvoll unseren Kurs. Wir werden nicht locker lassen und Verantwortliche auch künftig immer wieder auf brisante Themen aufmerksam machen und damit den Finger auf die Wunden legen. Das eindeutige Mandat der Wählerinnen und Wähler bestätigt unseren Kurs und ist gleichzeitig ein klarer Auftrag für uns, sich weiter für die Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen von Polizeibeschäftigten einzusetzen.“

Bei den Personalratswahlen waren knapp 5700 Beschäftigte der Landespolizei zur Stimmabgabe aufgerufen.

Die Wahlbeteiligung von knapp 80 Prozent verbucht die GdP als vollen Erfolg für sich. „Die starke Wahlbeteiligung hat gezeigt, dass die Polizeibeschäftigten eine starke Interessenvertretung durch die GdP haben möchten“, sagte Schumacher.

Wir danken allen Wählerinnen und Wählern sowie allen Kolleginnen und Kollegen, die mit Ihrem engagierten Wahlkampf zu diesem herausragenden Ergebnis beigetragen haben.



Den gewählten Kandidatinnen und Kandidaten gratulieren wir und wünschen viel Erfolg bei der verantwortungsvollen Personalarbeit.

Der Landesvorstand



Zur persönlichen Meinungsbildung

Bei den Protesten gegen den Aufmarsch der rechtsextremen NPD waren am Abend des 8. Mai 2014 drei Demonstranten und drei Polizisten verletzt worden. Wie die demokratischen Parteien den 8. Mai 2014 in Demmin beurteilen, kann hier (in Auszügen) nachgelesen werden. Die vollständigen Pressemeldungen sind auf unserer GdP-MV-Facebook-Seite (www.facebook.com/gdp.mv) eingestellt.

Peter Ritter (DIE LINKE): „Demokraten müssen dort demonstrieren, wo sie Nichtdemokraten sehen – ... ‚In dem Leitbild, das dem Programm vorangestellt ist, heißt es: ‚Wir sind dazu verpflichtet, die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung gegen Feinde zu schützen und zu sichern. Maßnahmen gegen Extremismus, Rassismus und Gewalt müssen dort ansetzen, wo Demokratie abgelehnt wird und Toleranz nicht vorhanden ist ... Es kann nicht angehen, dass aus Angst vor NPD-Demonstrationen der Marktplatz in einer Stadt für alle Demonstrationen gesperrt wird. Im Gegenteil, gerade die Demokraten müssen dort Flagge zeigen dürfen. ... Der Einsatz der Polizeihunde und das Auffahren der Wasserwerfer führte zum Aufheizen der Stimmung.‘ Im Frontberichterstattungsorgan mupinfo wird der Polizeieinsatz dagegen gefeiert: ‚Einige Sitzblockaden wurden elegant umgangen und ansonsten sorgte die Polizei für den gebührenden Abstand, die sich – anders als eine Woche zuvor in Rostock – gegen renitente Linksextremisten konsequent durchsetzte.‘“ ...

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Suhr fordert Strategiewechsel der Po-

lizei bei Demonstrationen gegen Rechts und kritisiert ausgrenzende Aussage des Innenministers“: ... „In der heutigen Landtagsdebatte kritisierte Suhr die Landesregierung: Auf der einen Seite wollen wir viele Bürgerinnen und Bürger dazu motivieren, den Rechtsextremen entgegenzutreten und gegen sie zu demonstrieren. Auf der anderen Seite wird eine Polizeistrategie gefahren, die ich in ihrer Härte und Kompromisslosigkeit für überzogen und unangemessen halte. So schreckt man Bürgerinnen und Bürger ab.“ Suhr forderte den Innenminister auf, „die Demonstranten und ihren Protest gegen Rechts mit allen legalen Mitteln zu unterstützen. Dazu gehört für mich ausdrücklich auch ein anderer Umgang mit Sitzblockaden. Die Rechtmäßigkeit solcher Blockaden mag umstritten sein, doch unsere Polizei sollte sich hier ein Beispiel an anderen Bundesländern nehmen. Dort zeigt sich, dass Einsatzkräfte mit dieser Form des Protests auch so umgehen können, dass es keine Verletzten gibt. Letzten Endes kommt durch solche Formen des Protests nämlich hervorragend zum Ausdruck: Hier ist kein Platz für Nazis!“

Heinz Müller (SPD): „Vorgänge in Demmin werden Thema im Innenausschuss“ – Heinz Müller: Innenministerium muss umfangreich aufklären – „Für die SPD-Fraktion besteht Klärungsbedarf zu den Vorfällen am 8. Mai. Insbesondere interessiert uns, wie aus einer friedlichen und eindrucksvollen Demonstration gegen den Aufmarsch der NPD eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen der Polizei und Gegendemonstranten werden konnte. Es gibt Darstellungen, dass es neben Angriffen und Provokationen von vermutlich linksextremen Demonstranten ein in Teilen überzogenes und unverhältnismäßiges Vorgehen der Polizei gegeben hat. Diesen Vorwürfen muss der Innenausschuss nachgehen, auch da die Darstellungen der verschiedenen Seiten sehr differieren. Für meine Fraktion habe ich deshalb gestern beantragt, dass das Innenministerium in der kommenden Sitzung des Innenausschusses über den Polizeieinsatz im Zusammenhang mit den Demonstrationen in Demmin detailliert berichtet.“

Michael Silkeit (CDU): „Gewalttäter schaden dem gemeinsamen Einsatz für Demokratie und Toleranz!“ Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Michael Silkeit, verurteilte die gestrigen gewaltvollen Auseinandersetzungen in Demmin. ... „Solange die rechtsextreme NPD nicht verboten ist, lassen sich die Demonstrationen dieser Partei nicht so einfach verbieten und müssen von der Polizei ebenso abgesichert werden, wie jegliche andere Demonstrationen. Das Gegenmittel gegen verblendete und rückwärtsgewandte Sichtweisen kann aber nicht Gewalt sein. Damit entziehen wir der Demokratie in unserem Land den Boden. ... Das Ergebnis ist jetzt, dass das rechtsstaatswidrige Verhalten von einzelnen Personen im Mittelpunkt der Öffentlichkeit steht und nicht die friedliche Gegendemonstration bzw. das Zeichen der Bevölkerung von Demmin gegen die NPD. ... Ich persönlich wünsche den verletzten Polizisten alles Gute und baldige Genesung“, erklärte Michael Silkeit am Freitag.

Gewalt ist keine Lösung

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich entsetzt über neuerliche Ausschreitungen linker Chaoten in Demmin.

Der Landesvorsitzende der GdP, Christian Schumacher, sagte dazu: „Gewalt ist keine Lösung, ob diese nun links- oder rechtsmotiviert ist. Mit ihren Gewalttaten haben linke Chaoten am Donnerstag den friedlichen Demonstranten und der Demokratie erneut einen Bärendienst erwiesen.“

In Demmin kam es anlässlich mehrerer Gegendemonstrationen gegen einen Aufzug der NPD zu massiven Übergriffen durch Berliner und Hamburger Linksextremisten auf eingesetzte Polizeibeamtinnen und -beamte. Mehrere Kolleginnen und Kollegen wurden verletzt. In der letzten Zeit häufen sich nach

Feststellungen der GdP derartige linksmotivierte Gewalttaten gegen Polizeibeamte.

„Heute wurde allerdings eine neue Grenze in Mecklenburg-Vorpommern überschritten, als linke Chaoten auf indymedia unverhohlenen Polizisten und ihren Familien drohten“, so Schumacher weiter.

Die GdP fordert daher erneut von allen etablierten Parteien ein klares Bekenntnis zur Landespolizei. Wer die Gemeinschaft schützt, darf auch den Schutz der Gemeinschaft erwarten!

Der Landesvorstand

(--> siehe auch Seite 4)



Sachbeschädigung an Privatfahrzeugen von Polizeivollzugsbeamten



linksunten.indymedia.org

Startseite | Kontakt | Über uns | Moderation | Anmelden | Publizieren

Suchen

de fr en it es
Mehr davon
(Neo)nazis in Westbrandenburg 2013 - Doku
Hintergründe zum VS-Anquatschversuch am 17.10.2012 in Thüringen
Burg sieht rot! Chronik einer Eskalation in Sachsen-Anhalt

Rostock: Reifen von mehreren privaten Bullenautos zerstochen

Verfasst von: acab. Verfasst am: 08.05.2014 - 23:06. Kommentare: 10

Wir haben uns auf das Gelände der Polizeiwache Ulmenstrasse begeben und die Reifen von sechs privat PKW von Polizeibeamt_innen zerstochen.

Die Beamt_innen sollen dies als direkte Reaktion auf den brutalen Polizeieinsatz gegen Gegenprotestler_innen des Nazi-Fackelmarsches in Demmin verstehen.

Wir haben uns bewusst nicht für die Dienstfahrzeuge entschieden, weil wir euch persönlich treffen wollten. Ihr sollt unsere Gegenwehr nicht nach Dienstende vergessen, Ihr und eure Familien sollt wissen, dass ihr euch nicht unter dem Deckmäntelchen der Privatsphäre verstecken könnt.

Bulle sein heisst Probleme kriegen! Jederzeit und überall

Unbekannte Täter zerstachen in der Nacht von Donnerstag auf Freitag (Anmerkung der Redaktion: vom 8. auf den 9. Mai 2014) an mehreren Pkw, welche auf dem Parkplatz des Polizeihauptrevieres Reutershagen parkten, jeweils zwei Reifen. Die Geschädigten bzw. Nutzer der Fahrzeuge sind Polizeibeamte und versahen während der Tatzeit ihren Dienst im Revier. Der Gesamtschaden wird auf über 1000 Euro geschätzt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

Innenminister Lorenz Caffier hat die linke Gewalt im Zusammenhang mit den Protesten gegen den NPD-Aufzug am 8. Mai 2014 in Demmin verurteilt. „Wer das grundgesetzlich garantierte Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit für sich in Anspruch nimmt, erhält damit keinen Freibrief für Gewalt gegen politisch Andersdenkende, auch nicht gegen Rechtsextremisten“, sagte Innenminister Lorenz Caffier. „Zu Recht empören sich die Bürgerinnen und Bürger darüber, dass die rechtsextremistische Szene den Gedenktag am 8. Mai für die Verbreitung ihrer Ideologie nutzt und zu Recht folgen zahlreiche Menschen den Aufrufen, dagegen zu demonstrieren. Wenn jedoch, wie gestern geschehen, aus dem linken Spektrum heraus Gewaltstraftaten verübt und Polizisten verletzt werden, ist die Grenze überschritten! Wer andere Menschen gezielt angreift, kann nicht mit Nachsicht oder Milde rechnen.“

Während des Aufzuges wurden drei Polizeivollzugsbeamte verletzt und mussten im Krankenhaus ambulant behandelt werden.

Die Angriffe auf Polizeibeamte gingen in der Nacht noch weiter. Reifen an Privatfahrzeugen, die auf dem Parkplatz des Polizeireviers Reutershagen abgestellt waren, sind zerstochen worden, „als direkte Reaktion auf den Polizeieinsatz in Demmin“, wie es in einem Bekenner schreiben

der linken Internetplattform Indymedia heißt. Darin werden die Polizeibeamten und ihre Familien auch offen bedroht. „Solche Taten sind abscheulich, werden die Polizei aber nicht von ihrem Einsatz für die Sicherheit in unserem Land abbringen“, so der Minister. „Für uns ist dieser Einschüchte-

rungsversuch nicht allein als ein Angriff auf unsere Polizeibeamten zu sehen, sondern als ein Angriff auf unser freiheitliches demokratisches Rechtssystem.“

(Quellen: GdP, PP Rostock und Ministerium für Inneres und Sport MV)



DGB-KONGRESS

Engagierte Debatte

Ziviler Ungehorsam. Ein Antrag der DGB-Jugend führte zu einer langen und intensiven Debatte: Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden von Nazi-Aufmärschen, so die Überzeugung der Jugend, sind „legitime Aktionsformen des DGB“. Die Antragsberatungskommission (ABK) hatte den 27-Zeilen-Antrag drastisch gekürzt – und dabei wichtige Inhalte herausgestrichen, wie die Jugend befand. Sie erhielt Unterstützung von Rednern/-innen verschiedener Gewerkschaften und quer durch alle Generationen.

Bunte Biografien wurden ausbreitet, und es wurde auf die aktuellen Proteste gegen rechte Gruppierungen verwiesen. Der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow stellte die Bedeutung der rechtsstaatlichen Verfassung Deutschlands heraus: „Ich verstehe die Diskussion hier, aber ich bitte darum, dass ihr versteht und akzeptiert, dass die Polizei so nicht denken kann.“ Die ABK nahm die Debatte in ihrem neuen Vorschlag zum Antrag auf. Einstimmig, bei einer Enthaltung, beschlossen die Delegierten: „Der DGB sieht Aktionen des zivilen Ungehorsams als legitime Aktionen in gesellschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen an.“ „Anlassbezogen“ soll über Aktionen wie Blockaden „im DGB diskutiert und entschieden werden“. Zuvor hatte der GdP-Delegierte Jens Berner für diese Formulierung geworben: „Als Polizist kann und möchte ich nicht zustimmen. Aber als Gewerkschafter und vor allem als Mensch bitte ich euch, dem Antrag in der vorliegenden Form zuzustimmen.“ DGB-Vorstandsmitglied Annelie Bunttenbach erklärte: „Dass wir aus dieser so grundsätzlichen Debatte mit einem gemeinsamen Beschluss herausgehen, der niemanden niederstimmt,



GdP-Vorsitzender Oliver Malchow zur Diskussion um „zivilen Ungehorsam“: „Wir sind als Polizisten für die Einhaltung von Recht und Gesetz verantwortlich!“

Foto: Bildschirmfoto Youtube.com

sondern alle mitnimmt, finde ich einfach großartig.“

Oliver Malchow: „Es ist also nicht richtig, wie vonseiten einer Konkurrenzorganisation behauptet, dass der DGB an seinem Bundeskongress ohne Gegenstimme beschlossen habe, zivilen Ungehorsam künftig zum Programm zu machen. Auch ruft er nicht

zum zivilen Ungehorsam auf. Wer böswillig versucht, mehr hineinzuninterpretieren, als die Delegierten des Kongresses beschlossen haben, disqualifiziert sich selbst.“

Der Redebeitrag Oliver Malchows im Wortlaut ist hier im Internet zu finden: http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/dgb_rede_OM

GESCHÄFTSFÜHRENDER LANDESSENIORENVORSTAND

Treffen mit polnischen Polizeisenioren

Im Rahmen der nun schon sechsjährigen Zusammenarbeit der GdP-Senioren unseres Landesbezirks mit den polnischen Polizeisenioren haben wir eine Einladung des Präsidenten der polnischen Pensionärs- und Rentnergewerkschaft der Polizei in Stettin, Czeslaw Zuziak, gern angenommen.

Eine kleine GdP-Delegation mit Renate Randel und Marlis Nicklas vom Geschäftsführenden Landesseniorenvorstand sowie Klaus-Dieter Schluppner und Manfred Eggert aus der Kreisgruppe Neubrandenburg wurde in der Wojewodschaft von Czeslaw Zuziak und fünf weiteren Vorstandsmitgliedern herzlich begrüßt.

Bei Kaffee, Kuchen und einem Gläschen Rotwein gab es einen regen Gedankenaustausch, so u. a. über die Zusammensetzung und Arbeit der polnischen Rentner und die Kommunalwahlen, die am 28. 5. 2014 in Stettin stattfinden werden.

Nach der Übergabe von Präsenten als Erinnerung an diesen Tag ging es über den Stettiner Gartenmarkt zu

den Haken-Terrassen. Anschließend wurde der Rozanka-Rosengarten besichtigt.

Für alle war es ein interessanter und erlebnisreicher Tag.

Marlis Nicklas



20. POLIZEI- UND BÜRGERFEST IN NEUBRANDENBURG

Über 700 Gäste feierten in der Stadthalle

Mit einem großen Programm und über 700 Gästen feierte die Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Neubrandenburg, am 26. April 2014 das 20. Polizei- und Bürgerfest. Zu ihnen gehörten Polizisten, Verwandte und Bekannte der Beamten sowie Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, die sich in der Neubrandenburger Stadthalle einfanden.

Die traditionelle Veranstaltung steht unter dem Motto „Polizei – Dein Partner“. „Auch nach nun schon 20 Jahren hat sich daran nichts geändert. In lockerer Atmosphäre wollen wir mit den Gästen ins Gespräch kommen, das Zusammengehörigkeitsgefühl fördern sowie mehr Bürgernähe und Vertrauen schaffen“, so der Kreisgruppenvorsitzende Andreas Wegner.

„An dieser Stelle spreche ich aber auch meinen Dank und großen Respekt all denen aus, die das Polizeifest über 20 Jahre zu dem gemacht haben, was es heute ist. Dazu zählen auch unsere vielen Sponsoren und Inserenten für die Festzeitschrift, ohne die so eine Veranstaltung nicht durchführbar wäre“, so Wegner weiter.

Für gute Laune an diesem Abend sorgten die Gruppe „Back TO Music“, eine spektakuläre Lasershow, eine Tombola und kulinarische Leckereien. Auch zukünftig wird das Fest die Möglichkeit zur Entspannung vom Alltag sowie niveauvolle Unterhaltung bieten. Der nächste Termin dafür steht schon fest – es ist der 9. Mai 2015.

Bildershow



Weitere Bilder über den Kreisgruppenvorsitzenden Andreas Wegner

„KEINE GEWALT GEGEN POLIZISTEN“

Das Plakatprojekt

Viele Polizisten erzählen uns, dass sie hören, wie Eltern ihren Kindern sagen: „Wenn Ihr nicht brav seid, kommt Euch die Polizei holen.“ Daraus entwickelte sich die Idee für dieses Plakat, für das unser Mitglied Vanessa Drossel die Zeichnungen geliefert hat.

Unser Ziel ist es, diese Plakate in möglichst viele Kitas, Grundschulen, Polizeidienststellen und an andere Orte zu bringen, an denen Kinder und Eltern sie sehen. Neben dem Signal an Polizeibeamte, dass wir unsere Kinder bei ihnen gut aufgehoben wissen, hegen wir die leise Hoffnung, dass jene Kinder, die jahrelang auf unsere Plakate geschaut haben, in späteren Jahren in einer Konfliktsituation mit Polizeibeamten vor Gewaltanwendung zurückschrecken ...

Bitte beachten Sie, dass es die Plakate in insgesamt 19 Versionen gibt,

und zwar für jedes Bundesland, die Bundespolizei, die österreichische Polizei sowie die Züricher Stadtpolizei.

Wenn Sie ein Plakat für Ihre Polizeidienststelle bestellen möchten oder Sie möchten uns ein Feedback geben?, dann füllen Sie einfach auf unserer Internetseite das Kontaktformular aus und teilen Sie uns bitte mit, welche Version für welches Bundesland Sie wünschen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir, bevor das Einverständnis der Polizei vor Ort nicht vorliegt, keine Plakate versenden möchten.



Internetlink: <http://www.kggp.de/plakatprojekt/index.php>



WÜHLMAUS

Beurteilungen ...

Nun ist es wieder soweit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Alle drei Jahre (seit 2002) werden in unserem Bundesland Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte (PVB's) beurteilt. Dies ist für alle eine große Herausforderung. Grundlage für die Beurteilungen ist die Beurteilungsrichtlinie für die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern (BRL-POL-MV) vom 23. Juli 2002.

Und was dort alles so festgeschrieben steht, Leute, Leute!

Nur ein, zwei Passagen:

- ... Beurteilung bildet die Basis für personelle Maßnahmen verschiedener Art ...
- ... wichtiges Hilfsmittel für die Führung und den Einsatz der Beamtinnen und Beamten ...
- Hat für die Entfaltung individueller Fähigkeiten, für die Motivation und Selbsteinschätzung der Beamten große Bedeutung ...
- ... Ziel der dienstlichen Beurteilung ist die umfassende und klare Darstellung der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung ...
- und weitere Punkte.

Das alles haben die Erstbeurteiler bei der Erstellung der Beurteilung zu beachten. Und ihr könnt davon ausgehen, viele Erstbeurteiler machen sich manchmal tagelang Gedanken, um ein hohes Maß an Gewissenhaftigkeit und „Objektivität“ bei den zu erstellenden Beurteilungen irgendwie hinzubekommen. Aber da kommen noch die Beurteilerkonferenzen. Beginnend im Innenministerium MV (nachzulesen in der Infoline), dann in den Behörden und zuletzt in den Polizeiinspektionen. Die Konferenzen dienen dazu, den für die Beurteilung vorgegebenen Maßstab zu verdeutlichen und auf leistungsgerecht abgestufte und untereinander vergleichbare Beurteilungsergebnisse hinzuwirken. Der Maßstab ist in der Polizeiaufbahnverordnung MV vom 15. Februar 2011 festgeschrieben. Dort steht in § 23(3) PolLaufbVO MV: „Der Anteil der Beamtinnen und Beamten einer Besoldungsgruppe oder einer Funktionsebene, die beurteilt werden, soll bei der höchsten Note 15 vom Hundert und bei der zweithöchsten Note 35 vom Hundert nicht überschreiten.“

Klingt nachvollziehbar und einfach. Ist in der Praxis aber bei Weitem nicht so. Dass die Inspektionsleiter (Zweitbeurteiler) bei den nachgeordneten Dienststellen (Reviere, KK's) auf die Einhaltung des vorgegebenen Maßstabs einwirken dürfen und müssen, ist keine Frage. Aber leider bleibt es nicht dabei. Es soll ja Zweitbeurteiler geben, die jeden PVB, egal wie viele in einer PI sind, ob 100 oder 400, ganz genau kennen. Und dann wird dem Erstbeurteiler für den Mitarbeiter sogar die konkrete Punktzahl, ja nicht nur die Noten, die „Punktzahl“ vorgegeben. Jetzt könnt ihr euch ja vorstellen, wie sich ein Erstbeurteiler fühlen muss. Er hat nun zwei Möglichkeiten:

1. dass er seine Beurteilung für den betreffenden Mitarbeiter gegenüber dem Zweitbeurteiler nochmals begründet und an seinem Ergebnis festhält

oder

2. er übernimmt schweigend das Ergebnis des Zweitbeurteilers.

Die erste Möglichkeit sollte aus Sicht des Zweitbeurteilers nie eintreten, weil er dann gezwungen wäre, die Beurteilung in seinem Sinne, sichtbar für den Mitarbeiter, zu verändern und zu begründen. Wenn dann der Mitarbeiter gegen diese Beurteilung beim Verwaltungsgericht klagt, weiß jeder Zweitbeurteiler, dass er schlechte Karten haben kann.



Bei der zweiten Möglichkeit muss dann der Erstbeurteiler, die im Sinne des Zweitbeurteilers vorgegebenen Bewertung als seine eigene verkaufen. Das ist für den Zweitbeurteiler wesentlich entspannter und für den betroffenen Mitarbeiter wesentlich schlechter bei einer eventuellen Klage, Erfolg vorm Verwaltungsgericht zu bekommen.

Dies ist nur ein Fragment jeder Beurteilungsrunde. Denn wie ich bereits erwähnte, Ziel der dienstlichen Beurteilung ist die umfassende und klare Darstellung der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung jeder/jedes Einzelnen.

Für heute soll's erst mal gewesen sein.

Es sind noch nicht alle „Kuriositäten“ in Bezug auf die dienstliche Beurteilung angesprochen, sodass ich mich wieder melden werde. Versprochen!!!

Eure Wühlmaus

KG GREIFSWALD

Herzlichen Glückwunsch

Zwischen Hochmut und Demut steht ein Drittes, dem das Leben gehört, und das ist einfach der Mut.

(Theodor Fontane)

Unseren Geburtstagskinder **Manfred Hamann, Matthias Richter, Jörg Rudnick, Hans-Günther Becker, Dörte Schröder, Manfred Schermucks-nies und Hartmut Mertens** wünschen wir alles Gute, Glück und vor allem Gesundheit. Besondere Glückwünsche zum 40. Geburtstag übermitteln wir hiermit **Daniel Bogaczyk**.

Euer Kreisgruppenvorstand

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin,
oder:**

- per Fax an: 03 85-20 84 18-11
- per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de

Eure GdP-Landesgeschäftsstelle



Ich hab da mal ne Frage!

Da bin Ich wieder und jetzt habe ich mal ne Frage an die Personalräte von den Örtlichen bis zum Hauptpersonalrat in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern. Vorneweg möchte ich gleich noch dazu sagen, dass ich in der letzten Wahlperiode Ersatzmitglied eines Örtlichen Personalrates war und hin und wieder an den Sitzungen und Entscheidungen teilnehmen konnte.

Ich möchte mit diesem Schreiben die Personalräte wachrütteln, sie dazu bringen, dass sie ihre Arbeit überdenken und dass jedes einzelne Mitglied seine persönliche Einstellung überdenkt. Die Situation in der Polizei spitzt sich von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat zu. Die Anzahl der Kollegen wird immer weniger und der Altersdurchschnitt steigt auch noch immer an. Schicht- und Mindestschichtstärken werden in den Dienststellen heruntergefahren, um Dienste noch absichern zu können. Die Probleme könnten jetzt noch lange aufgezehrt werden, was ich aber nicht will, da sie alle kennen. Was machen die Personalräte? Sie nicken

Anträge von den Dienststellen ab, stimmen Personalentscheidungen zu. Aber allzu oft im voreilenden Gehorsam und ohne zu hinterfragen, wie die Umstände dazu führten und ob es nicht besser wäre, die Umstände zu ändern als gehorsam zu sein. Oft passiert es, dass die Personalräte erst im Nachhinein zustimmen durften, obwohl sie hätten vorher gefragt werden müssen und auch das wird widerspruchslos geschluckt.

Ein Beispiel: Ein Leiter reicht eine Personalentscheidung an den Personalrat weiter mit der Bitte um Zustimmung. In der Personalentscheidung geht es um die Besetzung eines Dienstpostens des gehobenen Diens-

tes mit einem Kollegen des mittleren Dienstes. Da das ja Laufbahnrechtlich nicht geht, wird der Kollege nur mit den Aufgaben des Dienstpostens beauftragt, ohne dass er die Planstellenzuweisung bekommt. Jetzt sagt der Personalrat ja und der Kollege übernimmt für viele Jahre, vielleicht sogar bis zu seiner Pensionierung, die Aufgabe eines Kollegen des gehobenen Dienstes. Ist dies richtig? Ich finde nein, denn der Kollege macht die Arbeit, ohne jemals den Dank und die Anerkennung für diese Arbeit zu bekommen. Er bekommt nicht das Gehalt des gehobenen Dienstes und in der Regel wird er heutzutage auch nicht befördert. Ich bin der Meinung, dass wir alle aufwachen müssen und nicht mehr nur an den Symptomen uns abarbeiten, sondern den Ursachen auf den Grund gehen müssen. Jedes Personalratsmitglied ist den Kollegen verpflichtet, die ihn gewählt haben, und sollte sich auch für ihn einsetzen. Jeder hat auch das Recht „Nein“ zu sagen. Jedes Mitglied sollte sich selber fragen, warum bin ich im Personalrat und bin ich bereit, auch mal „Nein“ zu sagen, denn sonst wird sich an den schlechten Zuständen und der Unzufriedenheit bei den Kollegen in der Polizei nichts ändern. Die Personalräte sind das Bindeglied zwischen Polizeiführung und Mitarbeiter (Beamte und Arbeitnehmer). Wer keinen Mut zur Entscheidung hat, sollte sein Mandat nicht ausüben. Die Räte müssen sich vor die Kollegen stellen und die Willkür ihnen gegenüber verhindern. Der Führung müssen sie Ratgeber und positiver Begleiter im Umgang mit den Kollegen sein. **Holger Bähr**

Anzeige

POLIZEI Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Mecklenburg-Vorpommern zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de

